

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfach: Dresden 1533, Wilschstraße Nr. 22.

Nr. 263.

Montag, 12. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 10. 11. bis 26. 11. 1923 monatlich 2,00 M. (einschl. Beleglohn). Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Gebührensätze für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundform (6 Silben) 120 M.; die 80 mm breite Mastform 400 M.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsicht. Der jeweils zur Berechnung gelangende Stellenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit dem am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Beste Tarife, Bewilligter Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler seinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wochenschrift Nr. 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittig, Riesa. Schließzeit: 200 Millionen.

## Der Reichsfinanzminister über die Vorgänge im Reich.

Kalle. Reichsfinanzminister Dr. Stresemann traf gestern nachmittag gegen 5 Uhr in Begleitung des Reichsministers des Innern Dr. Jarres und des Staatssekretärs Kempff in Halle ein.

In einhundertjähriger Rede auf dem Vorplatz der Deutschen Volkspartei im Walsballe-Theater nahm er, vielfach von begeisterten Beifall unterbrochen, zu den schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen Stellung. Die tiefe innere und äußere Not, der dem Zusammenbruch nahe Zustand Deutschlands in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und als Folge davon die Verwirrung der politischen Leidenschaften. — So führte der Reichsfinanzminister — sei verursacht durch die außenpolitische Bedrückung. Frankreich hätte die Möglichkeit, die deutschen innerpolitischen Verhältnisse wesentlich zu ändern, wenn die französische Politik so wäre, daß sie uns das Leben ließe, und so dem Nationalismus in Deutschland entgegenwirkte.

Auf die separatistischen Maßnahmen an Rhein und Ruhr eingehend, sagte der Kanzler, wenn man nur den Rheinländern selbst die Möglichkeit gebe, sich zu wehren, wäre das ganze Gebilde in 24 Stunden erledigt. Statt dessen, statt vollkommener Neutralität von brauchen, werde die Schutzpolizei entworfen. Die Haltung Belgiens in dieser Frage sei vorderhand unerwartet, und auch England habe erklärt, daß ein Abbruch, unabhängig von Deutschland, eine Verletzung des Völkerrechts sei, die England nicht anerkennen werde. Und der Verfall unserer äußeren Landesgrenzen, der Fortnahme unserer Auslandsvermögen, unserer Kolonien und der Vergrößerung der Produktion mühe wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Zusammenbruch kommen. Die Erhaltung der gegenwärtigen zwei Millionen Arbeitslose und der zwei Millionen Kurzarbeiter allein im Ruhrgebiet gehe über Deutschlands Leistungsvermögen.

Die Ausgabe wertvoller Geldes müsse Sünde in Hand gehen mit einer rigorosen Durchsetzung der Bilanzierung des Staats und — so schwierig dieser auch sei — mit einem Beamtenabbau.

Zur Frage der vom ehemaligen Kronprinzen Wilhelm gewünschten Rückkehrerlaubnis nahm der Kanzler in dem

Sinne Stellung, daß dem Kronprinzen, der nicht der schicksalhafteste Deutsche sei, die Rückkehr in seine deutsche Heimat nicht verweigert werden dürfe und die Entscheidung über eine durchaus innerpolitische Angelegenheit sei, die das deutsche Volk sich nicht aus der Hand nehmen lassen könnte.

Weiter rechtfertigte der Kanzler die Haltung der Reichsregierung in der Angelegenheit des Ermächtigungsgesetzes und ging hierauf auf den Münchener Putsch ein. Den Schaden, den diese Dinge anrichten hätten, würden wir noch lange zu tragen haben. Das Verhalten Ludendorffs in dieser Angelegenheit sei höchst bedauerlich. Die Reichswehr sei in einen schweren Bewußtseinskonflikt gefaßt worden, habe sich aber glänzend bewährt. Der Kanzler erklärte, er würde dem Augenblick begnügen, in dem das Streitbild zwischen Bayern und dem Reich begraben würde. Das den Nationalismus angehe, so meine er, jener passe für eine Zeit nationaler Volkstrost, nicht aber für eine Zeit des nationalen Niederganges wie die jetzige. Marx selbst würde auf eine Zeit wie die jetzige, seine Ideen nicht anwenden.

Auf die Schärfe verurteilte der Kanzler den Streik in den Berliner Rotenbruderkirchen, der die Herstellung des wertvollen Geldes gefährde oder doch verzögere, und damit die schwierige Lage des Augenblicks noch verschwere. Die Regierung werde deshalb mit strengen Maßnahmen gegen diesen Streik vorgehen und rückhaltlos Entschlüsse vornehmen, falls die Arbeit bis heute nicht wieder aufgenommen werde.

Auch zu weiteren Fragen der Innenpolitik, so zur Eisenbahntarifpolitik, nahm der Kanzler eingehend Stellung, indem er als Ziel dieser Maßnahmen die Bilanzierung des Staats und die Rückkehr zu einer gelassenen und vernünftigen Finanzpolitik bezeichnete. Der Kanzler möchte zur Zusammenarbeit, um aus der tiefen Not unserer Lage herauszukommen. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes schloß die Rundschau.

Um 8.30 Uhr abends hat der Kanzler die Rückreise nach Berlin angetreten.

## Die Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen.

Am 8. Oktober d. J. hat die Völkerverkonferenz an den deutschen Gesandten in Paris in der Frage der Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen durch die interalliierte Militärkontrollkommission eine Note gerichtet: Die Völkerverkonferenz ist in einer weiteren Note vom 3. d. Mts. auf die Angelegenheit zurückgekommen; die Note lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Am 8. Oktober hatte ich die Ehre, im Namen der Völkerverkonferenz die Deutsche Regierung aufzufordern, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um es der Kontrollkommission zu ermöglichen, unverzüglich ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, insbesondere was die Teilnahme französischer und belgischer Offiziere betrifft. Da die Konferenz die deutsche Regierung nunmehr in der Lage erachtet, ihr die Maßnahmen bekanntzugeben, die getroffen werden sind, um dieser Aufforderung nachzukommen, befreie ich mich, Ihnen in Ihrem Namen mitzuteilen, daß sie die Verantwortung spätestens am 10. November für erforderlich hält.

### Die Antwort Deutschlands.

Der deutsche Gesandte hat diese beiden Noten der Völkerverkonferenz am 10. d. Mts. weinungsgemäß folgendermaßen beantwortet:

Im Auftrage meiner Regierung befreie ich mich, der Völkerverkonferenz auf die Note vom 3. November folgen, das ergeben zu erwidern:

Nachdem die Völkerverkonferenz mit Note vom 3. d. M. unter Hinweis auf die schweren Folgen, die im Falle der Aufrechterhaltung des bisherigen Standpunktes eintreten könnten, das Verlangen gestellt hatte, daß die Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen durch die interalliierte Militärkontrollkommission alsbald ermöglicht werde, ist die Reichsregierung unverzüglich in eine eingehende und sorgfältige Prüfung der Frage eingetreten. Es liegt der Reichsregierung nach wie vor fern, die Verpflichtungen zu bekräftigen, die sich für sie aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages ergeben. Sie sieht sich jedoch zu der Erklärung genötigt, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt tatsächlich nicht in der Lage ist, diesen Verpflichtungen in allen Punkten gerecht zu werden. Deutschland befindet sich im Augenblick in einem Zustand schwerer innerpolitischer Erschütterung. Die Reichsregierung glaubt davon absehen zu können, die Ursachen und die Gefahren dieser Krise der Völkerverkonferenz in diesem Zusammenhang im einzelnen darzulegen. Doch den Verhältnissen, wie sie sich tatsächlich in Deutschland geltend machen, würde die Wiederaufnahme der Kontrollverhandlungen in dem jetzigen Zeitpunkt einen neuen Konfliktstoff schaffen, der eine weitere innerpolitische und zwar außerordentliche Belastung darstellt. Diese Belastung würde umso schwerer sein, als nach den übereinstimmenden Meinungen sämtlicher mit der Frage befaßten inneren Stellen das Erscheinen der interalliierten Kontrollorgane zurzeit Zwischenfälle zur unabweislichen Folge haben würde, somit würden zu den innerpolitischen sich außenpolitische Schwierigkeiten hinzugesellen.

Die Reichsregierung darf annehmen, daß auch die Völkerverkonferenz die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland als Vorbedingung für die wirtschaftliche Gesundung und als Grundlage für die künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands ansieht. Die Völkerverkonferenz wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der gegenwärtige Zeitpunkt nicht dazu geeignet ist, von der deutschen Regierung die strikte Durchführung der in der Note vom 3. v. M. geforderten Vorkehrungen zu verlangen.

Die Reichsregierung bittet daher die Völkerverkonferenz, diese Forderungen unter den obwaltenden Umständen zurückstellen zu wollen.

Die Hauptberichter, wird die Völkerverkonferenz in einer voranschreitend heute Montag stattfindenden Sitzung Stellung zu dem Inhalt der Note nehmen. Es sei wahrscheinlich, daß im Laufe dieser Sitzung auch die Fragen besprochen werden, die durch die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland aufgeworfen wurden.

### Frankreich ängstigt sich.

Am Freitag erließen der französische Botschafter beim Reichskanzler und teilte mit, daß der französische Ministerpräsident, obwohl es ihm völlig fernliege, sich in irgend welche innerdeutsche Verhältnisse einzumischen, sich verantwortlich für die Verantwortung über politische Vorgänge in Deutschland entziehen sei. Die Gerüchte betrafen, daß bei einem Erlaß gewisser Bestimmungen eine Rechtsdiktatur zu erwarten sei, in diesem Falle müßte, nach bisherigen Nachrichten führender Verantwortlichen der deutschen Nation, mit einer Verletzung des Versailler Vertrages und der Vorbedingung eines deutschen Veranlassung gerechnet werden.

Nachdem der Reichskanzler davon Kenntnis genommen hatte, daß dem französischen Ministerpräsidenten jeder Versuch einer Einwirkung auf innerdeutsche Verhältnisse fernliege, betonte er besonders, daß einzig und allein das deutsche Volk darüber zu entscheiden habe, unter welcher Verfassungsform es seine Politik fortentwickeln wolle. Den Bedingungen einzelner deutscher Länder, die auf eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reiches hingielen, habe die Reichsregierung selbst nicht unsympathisch gegenüber. Wenn im übrigen die extremen Parteien links und rechts an Boden gewannen, so sei das eine Folge der verwerflichen Lage, in die Deutschland geraten sei und der gerade der französische Ministerpräsident die Macht habe zu brechen. Neben den unabweisbaren materiellen Schwierigkeiten

### Dr. Jarres Reichsminister des Innern.

Der Reichspräsident hat den Oberbürgermeister Dr. Jarres, Mitglied des Preussischen Staatsrats, zum Reichsminister des Innern ernannt.

### Erregte Stimmung in München.

München. Die Erregung in der Stadt war auch am Sonntag noch nicht im Abklingen. In den Straßen der Stadt, besonders der Altstadt, wogten die aufgeregten Menschenmassen hin und her. In der Nähe des Karlsplatzes bildeten sich in den Straßen größere Ansammlungen. Auf dem Königsplatz hatten sich mittags größere Gruppen Studenten eingeschoben, die unter Führung patriotischer Väter zum Bahnhofs zogen. Auch andere Straßen wurden von Studentengruppen durchzogen. Die Vorfälle der letzten Tage wurden überall erneut besprochen. Im allgemeinen konnten die blaue und die grüne Polizei die Ordnung aufrecht erhalten, wenn sie auch verschiedentlich gegen die Ansammlungen einer schweren Stand hatten. Nach den bisher vorliegenden Meldungen brauchte die Reichswehr bis zum Abend nirgends einzugreifen. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß der Generalstaatskommissar, die Regierung und die Reichswehr über die notwendigen Maßnahmen einig seien. Es wird als feststehend bezeichnet, daß der frühere Kronprinz Rupprecht den Hitler-Putsch entschieden verurteilt. Die Verdrängung der Ober des letzten Zusammenstoßes zwischen Reichswehr und Nationalsozialisten bei der Meißner soll am Dienstag stattfinden. München. Der Generalstaatskommissar hat durch eine Verordnung vom 11. November die kommunistische Partei verboten und aufgelöst und die sozialistische Presse verboten.

### Hitler nicht verwundet.

München. Privatmeldungen zufolge ist die Aufhebung der verbotenen Putschorganisationen auf dem rechten Ufer des Isar in vollem Gange und wird von Reichswehrtrouppen mit Nachdruck durchgeführt. Hitler hat sich bis vorgestern abend auf einem Bauernhof bei Rosenheim aufgehalten. Die Gerüchte, daß die Ehrhardttruppe in Rosenheim mit Hitler zusammenarbeiten, sind unrichtig. Hitler ist nicht verwundet, er hat sich nur bei einem Sturz die rechte Schulter leicht verletzt. Die Verwirrung und Enttäuschung in den Putschorganisationen ist groß. Lange Zeit werden von ihnen Schritte eingeleitet, ihre Leute auf dem Lande vor neuen Aktionen zu warnen. Vor allem wird im Bunde Oberland auf der ganzen Linie zum Rückzug gehalten. Ludendorff befindet sich in sog. Ehrenhaft, d. h., er kann sich seinen Aufenthaltsort selbst wählen, wird dabei aber streng überwacht.

### Hitler verhaftet.

München. (Fernsprechanmeldung.) Der frühere Nationalsozialist Adolf Hitler ist gestern abend 11 Uhr am Stajfelle von der Polizei ohne Widerstand verhaftet worden.

### Ruhr und Loffow erklären die Vorgänge.

München. Generalstaatskommissar Dr. v. Rahr hat Samstagmittag die Vertreter der Münchener und der auswärtigen Presse zu sich gebeten, um ihnen volle Aufklärung über die Vorgänge der letzten Tage zu geben. Dabei erklärte Dr. v. Rahr u. a., er habe zwei Tage vor der Versammlung in Rührgeräusch, die durch Dillers Ueberfall geführt wurde, eine eingehende verteilungswolle Aussprache mit allen Vertretern und Führern der bayerischen Vaterländischen Verbände gehabt, bei der auch Hitler und der militärische Führer des Kampfbundes anwesend waren. In dieser Unterredung sei den Herren, die alle „unangenehme Klänge“ vertrieben, in aller Deutlichkeit die Rückkehr der Lage dargelegt und mit ihnen auch über die gemeinsamen großen Endziele nationaler Art gesprochen worden. Er (Rahr) habe dabei über die Lage außerhalb Bayerns seinen Zweifel gelassen, auch nicht darüber, daß es nur Einordnung und Unterordnung gebe, nur Beherrschung, gerade wenn ein gemeinsames großes nationales Ziel erreicht werden solle. Er habe den Herren in aller Deutlichkeit erklärt, daß es ein Verbrechen wäre, wenn Reichswehr und Volksgewalt in die Notwendigkeit verlegt würden, bei Aufhebung gegen die Staatsautorität gegen Vaterländische Verbände mit der Waffe vorzugehen. Ueber allem müsse das Staatsinteresse und der Staat stehen.

Unter schwerem Druck vaterländischer Verantwortung hätten Loffow, Seifert und er in der gegebenen Situation sofort ihren Entschluß gefaßt. Es sei ihnen klar gewesen, daß sie, wenn sie nicht scheinbar auf die Forderungen Dillers eingingen, keine Freiheit des Handlens mehr erlangt hätten, die allein es noch ermöglichen konnte, das schwere Unglück zu vermeiden. Die Folgen wären gewesen, daß Reichswehr und Landespolizei sowie weite Kreise vaterländisch Gesinnter völlig directionslos den Proklamationen Dillers ausgeliefert worden wären, und daß dann das Unglück des unausführbaren Marsches auf Berlin blind vor sich gegangen wäre.

Nach Rahr sprach Bezirkskommandeur v. Loffow, dessen Worte tiefen Eindruck machten. Er bezeichnete es als unerhört, daß die Truppe, die den gestrigen Tag mit welcher Weite überstanden habe, sich nun dafür anspindeln lassen müßte vom Pöbel und von der irregulären Waffe. Er (Loffow) sei die letzten Wochen am tiefsten veranlagt gewesen über die drohende Entwicklung, und er habe sich Mühe gegeben, Hitler in der Hand zu behalten, seine Bewegung zu antizipieren, das Gute davon herauszufiltern und die Schrecken abzuwenden, und vor allem Hitler selbst von Dummheiten abzuhalten. Er habe Verpflegungen erhalten, die gebrochen worden seien. Mit dem Verfall der nationalen Armee, die brave nationale Jugend herauszufiltern für selbständige Partizipation, sei ein miserables Verbrechen begangen worden. Dieses Vordringen der nationalen Armee sei für die Diktatur nur ein Mittel gewesen, ihren Anhang zu beschaffen, zu verpflegen und damit ganz in ihre Abhängigkeit zu bringen.